

## Über die revolutionären Bewegungen im Libanon, Irak und Iran

Nach der Serie von politischen Revolutionen gegen die autokratisch herrschenden Klassen in vielen arabischen Ländern ab Ende 2010 – genannt der *Arabische Frühling* – haben Journalisten und Politikwissenschaftler ab 2013 den *Arabischen Winter* ausgerufen, als Reaktion auf die Rekonsolidierung vieler der angegriffenen Regime und das massive militärische Auftreten des Islamismus. Insbesondere der syrische Bürgerkrieg mit fast einer halben Million Toten und Millionen von politischen Flüchtlingen steht für die erfolgreiche Durchsetzung der konterrevolutionären Kampagne des Assad-Regimes sowie seiner russischen und iranischen Verbündeten und das Scheitern des demokratischen Aufbruchs im Nahen Osten. Die seit Ende diesen Jahres vor allem im Irak, Libanon und Iran aufflammenden Proteste zeigen aber entgegen der frostigen politischen Wetteranzeige, dass die gesellschaftlichen und politischen Widersprüche des Nahen und Mittleren Ostens weiterhin revolutionäre Bewegungen hervortreiben, die sich offenbar auch von der brutalen, mit eliminatorischer Konsequenz erfolgten Niederschlagung der Aufstände der vergangenen Jahre nicht haben demoralisieren lassen.

Diesen Protesten ist gemeinsam, dass sie sich gegen den *religiösen Charakter des Staates* und die *Korruption* des jeweils herrschenden Regimes wenden. Im Iran herrscht das theokratische Regime der Mullahs (der schiitischen Rechtsgelehrten), und im Libanon und Irak existiert ein ‚sektierisches‘ System, unter dem staatliche Ämter jeweils getrennt an Vertreter der verschiedenen religiös bestimmten Gruppen vergeben werden. Der dezidiert nationale Charakter dieser Bewegungen bezieht sein Pathos aus der Stoßrichtung gegen diese *religiös-ethnizistische Spaltung* der Bevölkerung, auf der sich die bisher herrschenden Klassen ausruhen konnten und der von den Protestierenden die *politische Einheit der Nation* entgegengesetzt wird. Statt als Exemplar einer religiösen Gemeinschaft behandelt zu werden, in denen bigotte Geistliche und korrupte Stammesoberhäupter das Sagen haben, wollen die Protestierenden moderne Staatsbürger mit den dazu gehörigen gleichen Rechten für alle Mitglieder des politischen Gemeinwesens – einschließlich der gesetzlichen Gleichheit der Geschlechter – sein.

Dazu kommt noch der Widerstand gegen den *konterrevolutionären Expansionismus des iranischen Regimes*, wie er im ‚Schiitischen Halbmond‘ als iranische Einflusszone vom Mittelmeer bis zum Persischen Golf sowie im Jemen mit Unterstützung der anti-westlichen Hegemonialmächte Russland und China Gestalt angenommen hat. Im Iran selbst riefen Demonstranten: „Wenn ihr nicht genug Geld für Syrien habt, warum ist es unsere Schuld?“ und „Down with Khamenei, no to Gaza, no to Palestine, fuck Palestine!“ Im Libanon vertritt die Hisbollah als bewaffnete Agentur des Mullah-Regimes dessen Interessen, im Irak sorgen dafür die pro-iranischen schiitischen Milizen und eine seit langem vor sich gehende Infiltration des ganzen staatlichen Apparates, wie die ‚New York Times‘ am 18. November 2019 mit Hinweis auf seit kurzem vorliegende umfangreiche iranische Geheimdienstdokumente berichtet hat. Für die Demonstranten auf dem al-Tahir Platz in Bagdad war das kein Hindernis, nach den beginnenden Anti-Regime-Demonstrationen im Iran sofort eine Solidaritätsadresse an die dort Protestierenden zu verabschieden, mit denen sie sich im Kampf gegen das Mullah-Regime einig wissen. Die Forderung nach *nationaler Unabhängigkeit* im Libanon und Irak ist demnach direkter Ausdruck des Widerstandes gegen den Expansionismus des iranischen Regimes und indirekt gegen den russischen und chinesischen anti-westlichen Hegemonismus gerichtet.

Die in diesen Staaten herrschende Korruption hat einen qualitativ anderen Charakter als das in den ‚westlichen‘ Ländern existierende gleichnamige Phänomen. In den demokratischen Rechtsstaaten der westlichen kapitalistischen Gesellschaften mit freier Konkurrenz der Kapitalisten stellt die Korruption ein notwendiges, illegales und damit inoffiziell wirkendes Epiphänomen dar, das der allgemeinen Geltung der herrschenden Gesetze nicht im Wege steht. In den autokratischen Staaten sind dagegen Teilnahme an der politischen Macht oder Verbindung zu dieser Macht die Voraussetzung der ökonomischen Ausbeutung. Korruption ist hier also nicht unvermeidliche Begleiterscheinung der Gesetzesherrschaft, sondern das Wesen der politischen Macht der

Autokratie. Hier ist also die *Korruption selbst an der Macht*, der gegenüber die rechtlose Bevölkerung, die sich aus allen an der politischen Macht nicht beteiligten Klassen zusammensetzt, zur Unterwerfung gezwungen ist. Während in den rechtsstaatlich verfassten ‚westlichen‘ Ländern jeder die Einhaltung des Gesetzes fordert und selber es zugunsten seines eigenen Vorteils umgeht, soweit es ihm ohne bestraft zu werden möglich ist, können sich die autokratisch herrschenden Klassen an den Futterträgen der Macht auf Kosten der Klasse der unmittelbaren Produzenten bereichern, denen keine gesetzliche Herrschaft (bürgerliche Rechtsstaatlichkeit) die Möglichkeit gibt, ihre Rechte als Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft durchzusetzen. Der Kampf gegen die offiziell institutionalisierte Korruption hat deshalb einen politisch revolutionären Charakter, insofern er nicht auf eine kosmetische Korrektur, sondern auf den Sturz der autokratischen Form der Klassenherrschaft gerichtet ist.

Um es kurz mit einer Parole von 2011 sagen: das Volk verlangt politisch den Sturz der (großen und kleinen) Tyrannen, ihrer weltlichen und religiösen Vertreter, um den Weg frei zu machen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Vorbild. Damit schlagen diese revolutionären Bewegungen sowohl der Ideologie des *Kampfes der Kulturen* („clash of civilizations“) als auch ihrem linken kulturrelativistischen Pendant ins Gesicht – Theorien, denen zufolge der Mensch ein *homo culturalis* sei, der sich über Herkunft, Sprache und vor allem Religion definiere. Dieses ethnizistische Menschenbild gilt allenfalls für auf unmittelbar persönlicher Herrschaft, d.h. auf Rechtlosigkeit basierende Gesellschaften, in denen sich das Individuum noch nicht von der Nabelschnur seines gemeinschaftlichen Zusammenhangs gelöst hat. Die revolutionären Bewegungen im Libanon, Irak und Iran fordern dagegen in der *Tradition der klassischen politischen Revolutionen des Westens* – der *Amerikanischen Revolution* von 1776 und der *Französischen Revolution* von 1789 – mit dem modernen Staatsbürgertum die vom Gesetz garantierte freie Bewegung der Elemente und Individuen der bürgerlichen Gesellschaft. Damit wird zugleich die ethnizistische Vorstellung ad absurdum geführt, die menschliche Gattung sei für immer und ewig in statische und in sich homogene ‚Kulturreiche‘ gespalten. Allenfalls kann davon die Rede sein, dass sich im ‚islamischen Kulturreich‘ gerade ein massiver Einbruch an revolutionären Bedürfnissen nach Verwestlichung vollzieht. Dieses Bedürfnis nach Emanzipation von der althergebrachten kulturellen Tradition manifestiert sich in der *Kulturrevolution der Frauen gegen ihre religiös geheiligte Versklavung unter die Herrschaft der Männer*, insbesondere der islamischen Kleriker. Der von einer BBC-Reporterin Anfang Oktober 2019 aufgedeckte Handel schiitischer Geistlicher im Irak mit minderjährigen weiblichen Ehe- und Sexsklavinnen ist nur die Spitze des Eisbergs dieses barbarischen Patriarchalismus.

Insofern die revolutionären Bewegungen im Libanon, Irak und Iran auf die Herausbildung eines modernen demokratischen Staates und einer modernen kapitalistischen Gesellschaft gerichtet sind, werden sie die Entwicklung des *Klassenwiderspruchs zwischen moderner Bourgeoisie und modernem Proletariat* zur Folge haben, wie er in den westlichen bürgerlichen Gesellschaften existiert. Da in diesen wirtschaftlichen ‚Schwellenländern‘ die Bildungselemente des modernen Klassenwiderspruchs bereits vorhanden sind, leiden sie sowohl unter der *alten* als auch unter der *neuen Form der Klassenherrschaft* und geht die *Revolution gegen das autokratische Regime und gegen die auf unmittelbar persönlicher Herrschaft beruhende Ausbeutung schwanger mit der Revolution gegen das demokratische Regime des modernen Kapitals und gegen die zivilisierte Sklaverei der freien Lohnarbeit*. Eine politische Revolution in diesen Ländern wird deshalb nicht nur die Bedingungen für die Entwicklung des modernen Klassenwiderspruchs verwirklichen, sondern selbst Klassenkämpfe der sich herausbildenden modernen Arbeiterklasse zur Folge haben, die auf den Verlauf der politischen Revolutionen maßgeblichen Einfluss nehmen werden.

Während für die besitzende Klasse die Möglichkeit eines ihren ökonomischen Interessen entsprechenden Kompromisses mit der bisher autokratisch herrschenden politischen Klasse zumindest offen steht, ist die Arbeiterklasse ihrem objektiven allgemeinen Interesse nach einerseits gezwungen, die *politische Revolution im bürgerlichen Sinne* zu verwirklichen, um ihre gesellschaftlichen Interessen überhaupt politisch zur Geltung bringen

zu können, andererseits auch die bürgerlich-zivilisierte Klassenherrschaft aufzuheben, um durch eine *proletarische Revolution* ihre *menschliche Emanzipation* zu verwirklichen. Die revolutionären Bewegungen im Libanon, Irak und Iran sind also objektiv – unabhängig davon, ob es ihnen bewusst ist oder nicht – mit zwei gegensätzlichen Formen der Revolution konfrontiert, die zugleich *untrennbar miteinander verbunden* sind. Der zukünftige Verlauf dieser revolutionären Bewegungen wird dementsprechend davon abhängen, wie diese *Einheit des Gegensatzes von bürgerlicher und proletarischer Revolution* behandelt und sich entwickeln wird. So war der zeitweilige politische Erfolg der von den Protesten des Tahrir-Platzes in Kairo ausgehenden Revolution – der Sturz des ägyptischen Mubarak-Regimes im Februar 2011 – nur möglich in Verbindung mit den Massenstreiks der Arbeiterklasse, und so erklärt sich das Scheitern der politischen Revolution in Ägypten, infolge des Wahlsieges der Muslimbrüder 2012 und der darauffolgenden Militärdiktatur von as-Sisi 2013, aus der nicht erfolgten revolutionären Fortsetzung dieser Klassenkämpfe. Die politischen Forderungen der bürgerlichen Revolution hätten demnach nur verwirklicht werden können, wenn diese als *Revolution in Permanenz* in eine proletarische Revolution übergegangen wäre. Man kann also zugesetzt sagen, dass jeder Erfolg einer revolutionären Erhebung von der Entwicklung der proletarischen Revolution abhängig ist.

Das gilt nicht nur in Bezug auf die Revolutionen und Klassenkämpfe im Libanon, Irak und Iran selbst, sondern auch im *internationalen Maßstab*. Die Syrische Revolution hat am deutlichsten bewiesen, dass eine Revolution nicht in den vier Wänden einer Nation entschieden werden kann. Dieser Beweis erfolgte in Syrien in negativer Form als blutiger Triumph einer internationalen konterrevolutionären Allianz des Putin-Regimes und der iranischen Mullahs mit Assad sowie mit Rückendeckung ihrer anti-westlichen Verbündeten in der ganzen Welt. Abgesehen von demokratischen Sonntagsreden und gering dosierter militärischer Unterstützung der Aufständischen stellte sich die westliche Bourgeoisie dieser massenmörderischen Konterrevolution nicht in den Weg, wofür am eindrücklichsten die uneingelöste Drohung Obamas steht, auf den Giftgasangriff des Assad-Regimes von 2013 militärisch zu reagieren (‘Red Line’). Anstelle des Westens traten etwa die Türkei und Saudi-Arabien als Unterstützer der Rebellen auf den Plan, was zur Islamisierung der Regime-Gegner beigetragen hat und von Assad dankend aufgenommen wurde, der sich dadurch als Kämpfer gegen den islamistischen Terrorismus in Szene setzen konnte.

Von einem *rein moralischen Standpunkt* ausgehend hat die westliche Bourgeoisie damit die Blutbäder der vergangenen Jahre in Kauf genommen, von einem *rein politischen Standpunkt* ausgehend hat sie die demokratischen Bewegungen im Kampf gegen die autokratischen Diktaturen im Stich gelassen, von einem *gesellschaftlichen Standpunkt* ausgehend hat sie aber auf Grundlage ihres *ökonomischen Interesses* und der darauf basierenden *bürgerlichen Moral und Politik* folgerichtig gehandelt. Sie wünscht in den Ländern des Nahen Ostens politische Stabilität, um ungestört ihrem ökonomischen Geschäftsverkehr nachgehen zu können. Solange ihre ökonomischen Verwertungsbedürfnisse nicht akut in Gefahr sind, ist die Bourgeoisie sozusagen politisch farbenblind. Auch noch so gut gemeinte rein moralische und politische Appelle an die Bourgeoisie gehen deshalb am gesellschaftlichen Wesen ihres ökonomischen Interesses vorbei. Wo die *Idee vom Interesse* getrennt ist, muss sie sich als Phrase immer blamieren, wie es die Ohnmacht der bürgerlichen Solidarität mit den Arabischen Revolutionen demonstriert hat. Abgesehen von kritischen Stimmen einzelner intransigenter Demokraten verzichtete die westliche Bourgeoisie, insbesondere die der westlichen Großmächte aus durchaus sachlichen Gründen darauf, ihr ökonomisches Interesse dem Erfolg der politischen Forderungen der revolutionären Bewegungen unterzuordnen. Allerdings ist es durchaus möglich, dass die westliche Bourgeoisie ihren Ökonomismus noch teuer bezahlen wird. Die verheerenden strategischen Niederlagen auf politischer und militärischer Ebene können mittel- und langfristig die Verwirklichung ihrer ökonomischen Interessen gefährden.

Das *Proletariat* der westlichen Länder besitzt zwar keinen selbständigen politischen Ausdruck, der in der gegenwärtigen Politik einen realen Machtfaktor darstellen würde, aber das aus seiner gesellschaftlichen Situation

hervorgehende politische Klasseninteresse hat eine grundsätzlich andere Qualität als das Interesse der Bourgeoisie. Während die Kapitalisten die privaten Eigentümer der gesellschaftlichen Produktionsmittel sind, besitzen die Arbeiter nur ihre Arbeitskraft. Der vom Proletariat produzierte gesellschaftliche Reichtum ist deshalb als Kapital das Eigentum der Bourgeoisie. Um unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise überleben zu können, muss das Proletariat seine Arbeitskraft für Lohn verkaufen, sich der Klassenherrschaft der Bourgeoisie unterwerfen und sein gesellschaftliches Produkt als eine fremde und ihm feindlich gegenüberstehende Macht produzieren. Auch wenn die gesellschaftlichen Produzenten damit *moderne Sklaven* einer historisch entstandenen und vorübergehenden Produktionsweise sind, erscheinen deren Verhältnisse als ewige, geschichtslose Naturformen, in denen sich die Menschen zuhause fühlen. Tatsächlich ist die bestehende Gesellschaftsform ein permanent prozessierender Widerspruch, der neben periodischen Krisen und Katastrophen auch die materiellen Bedingungen seiner eigenen revolutionären Aufhebung hervorbringt. Um sich menschlich im Sinne der freien Entwicklung der Individualität zu emanzipieren, muss das Proletariat die Klassenherrschaft der Bourgeoisie stürzen und die kapitalistische Produktionsweise zugunsten einer Gesellschaft aufheben, in der die frei assoziierten Individuen alle gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer bewussten Kontrolle unterwerfen, um deren rationale Regulierung mit dem geringst möglichen Kraftaufwand und unter den menschenwürdigsten Bedingungen zu vollziehen. Politisch entspricht dem Übergang zu einer kommunistischen Gesellschaft, in der sich das Proletariat mit allen anderen Klassen selbst aufgehoben hat, die *demokratische Selbstregierung der Produzenten*, ohne die die Aufhebung des privaten bürgerlichen Klasseneigentums an den gesellschaftlichen Produktionsmitteln und deren Verwandlung in gesellschaftliches Eigentum der freien Produzenten nicht möglich sein wird.

Insofern die politischen Revolutionen im Libanon, Irak und Iran als Ziel auf die demokratische Republik gerichtet sind, verwirklichen sie die politische Form, in der das Proletariat den revolutionären Kampf um seine Emanzipation ausfechten kann. Diese Revolutionen stellen damit nicht nur einen Fortschritt für die Arbeiterklasse im Libanon, Irak und Iran dar, insofern sie die Bedingungen ihrer revolutionären Emanzipation verbessern, sondern auch für das internationale Proletariat, da es seine Emanzipation nur durch die universelle Umwälzung der ganzen weltumspannenden kapitalistischen Produktionsweise verwirklichen kann. Außerdem stellen diese Revolutionen Schläge gegen das von Russland und China geführte anti-westliche Lager dar, deren Kombattanten unter ihren autokratischen Regimes die *Sklaverei der Produzenten in ihrer rechtlosen Form verewigen wollen*, wofür sie auch von einem Teil der westlichen Bourgeoisie befriedet werden. Im Falle einer internationalen proletarischen Revolution wird dieses *anti-westliche Lager den politischen und militärischen Hauptfeind der revolutionären Arbeiterklasse* darstellen. Es ist dem Proletariat daher nicht aus sentimental Solidaritätsgründen geboten, sondern aufgrund der bewussten Einsicht in sein eigenes Klasseninteresse eine politische Pflicht, die Revolutionen im Libanon, Irak und Iran zu unterstützen. Das gleiche gilt für die gegenwärtigen demokratischen Bewegungen etwa in Hongkong und Bolivien, die für eine Welle demokratischer, anti-autokratischer und anti-hegemonistischer Revolutionen weltweit stehen. Eine internationale Kampagne der Arbeiterklasse selbst, und nicht als Anhängsel der bürgerlichen Klassensolidarität, kann Forderungen gegen ihre ‚eigenen‘ Regierungen entweder eigenhändig durchsetzen (etwa durch Handelsblockaden) oder – etwa Sanktionen gegen die Mitglieder der autokratischen konterrevolutionären Regime – in gesetzlicher Form erzwingen. Eine solche Kampagne kann außerdem die eigenständige finanzielle, militärische etc. Hilfe der revolutionären Bewegungen durch die Arbeiterklasse beinhalten, wie sie ansatzweise etwa in der Unterstützung der Proteste in Hongkong durch Spendensammlung, Kauf von Schutzausrüstung etc. existiert. Diese internationale Kampagne der Arbeiterklasse wäre nicht nur eine Hilfestellung für die jeweiligen Revolutionen, sondern ist als Form der internationalen Kooperation und des internationalen politischen Klassenkampfes auch eine Triebkraft der *revolutionären Parteibildung des Weltproletariats*.